

Anfrage zu den Planungen für einen Großmengenwertstoffhof am Standort Fasangartenstraße

Der Bezirksausschuss 16 Ramersdorf-Perlach möge folgende Anfrage beschließen:

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird aufgefordert darzustellen,

1. welche Vorgespräche bereits zur Ansiedlung eines Großmengenwertstoffhofs am Standort Fasangartenstraße (Flurstück 812) geführt wurden;
2. wie es die Genehmigungsfähigkeit dieses Standorts für das Vorhaben beurteilt;
3. welche Ansichten es insbesondere zur verkehrlichen Erschließung dieses Standorts (Lage an einer tonnagebeschränkten Brücke, keine Anbindung an das Primärnetz) vertritt;
4. inwieweit es an den Zielen des Bebauungsplans 2118 Kronacher Straße (gegenüberliegende Seite der Autobahn) dennoch festhält, obwohl der Großmengenwertstoffhof darin bisher keine Rolle spielt.
5. warum der überregionale Grünzug (Frischlufschneise), der im Gewerbeflächenentwicklungsprogramm bisher dafür verantwortlich gemacht wird, dass weitere Gewerbeflächen nur entlang der Unterhachinger Straße, nicht aber entlang der Autobahn ausgewiesen werden können, durch den Großmengenwertstoffhof nicht gestört werden würde;
6. inwieweit es eine qualitätsvolle Entwicklung der Umgebung und den Erhalt der dortigen Wohnqualität durch einen Großmengenwertstoffhof beeinträchtigt sieht.
7. warum der Bezirksausschuss über die Konkretisierung des Vorhabens (siehe Begründung) bisher nicht informiert wurde.
8. wie und wann man gedenkt, die Bezirksausschüsse 16 und 17 sowie die örtliche Bevölkerung zu informieren und einzubinden.

Begründung:

Im JourFixe des Bezirksausschusses mit der Kommunalreferentin Ende November erfuhr die Vertreter des BA 16, dass für den Standort Fasangartenstraße neben der heutigen Kompostieranlage seitens des Abfallwirtschaftsbetriebs München (AWM) bereits eine Machbarkeitsstudie für die Ansiedlung eines Großmengenwertstoffhofs beauftragt wurde. Der BA 16 war für diese ehrliche und transparente Information sehr dankbar, da der Standort bisher zwar mehrfach im Gespräch war; seitens des Referats für Stadtplanung und Bauordnung aber immer kleingeredet wurde. Vielmehr wurden sogar Anregungen des Bezirksausschusses zum Gewerbeflächenentwicklungsprogramm ignoriert oder abgelehnt.

Es ist daher höchste Zeit reinen Tisch zu machen und für Klarheit zu sorgen. Schon allein deshalb, weil die Haltung der örtlichen Bevölkerung und der Mandatsträger zwingender Bestandteil einer Machbarkeitsstudie sein muss.

gez. BA-Vorstand

gemäß Besprechung in der Vorstandssitzung am 04.12.2018